

II-4552 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2345/J

1988 -06- 2 2

A N F R A G E

der Abgeordneten Günter Dietrich, Mag. Waltraud Horvath
und Genossen/innen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend der finanziellen Gefährdung des Österreichischen
Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE)

Es gilt als unbestritten, daß die österreichische Öffentlichkeit über die Fragen der Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe umfassender und tiefgreifender informiert werden muß, als dies allgemein durch die Medien in Österreich geschieht. Es ist daher im Sinne dieser Zielsetzung ein großer Erfolg, daß vor nunmehr fast zehn Jahren im österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik eine Einrichtung entstanden ist, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zu ihrem zentralen Anliegen gemacht hat. Die anderen Entwicklungshilfeorganisationen haben wiederholt betont, wie sehr die Arbeit des ÖIE ihre Arbeit der Entsendung von Entwicklungsarbeiter/innen und der Projektdurchführung ergänzt und Informations- und Bewußtseinsbildungsarbeit, wie der ÖIE sie ausführt, oft eine Voraussetzung dafür ist, daß junge Menschen als Entwicklungsarbeiter/innen hinausgehen wollen oder Interesse für Projekte der Dritten Welt erweckt wird.

Dem ÖIE ist es nicht nur gelungen im Bereich der Schule, der Jugenderziehung, der Betreuung der Medien, im Bereich der Hochschulen, der Erwachsenenbildung und in direkter Berichterstattung (Herausgabe der einzigen entwicklungspolitischen Monatsschrift in Österreich) große Erfolge zu erzielen, sondern der ÖIE hat auch in Zusammenarbeit mit den lokalen Gruppen der kirchlichen und nichtkirchlichen Dritte-Welt-Bewegung entscheidende Impulse eingebracht und zu deren Effizienz viel beigetragen.

Durch den Aufbau von Regionalstellen in allen Bundesländern konnte die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in zahlreichen Einrichtungen der Länder und Gemeinden vorangetrieben werden. Die öffentlichen Subventionen für diese Arbeit entsprechen dem geltenden Dreijahresprogramm für Entwicklungshilfe Ihres Ministeriums und den DAC-Richtlinien der OECD. Alle diesbezüglichen Regelungen gehen davon aus, daß Information bei uns mindestens ebenso wichtig ist, wie der Mitteleinsatz in den Entwicklungsländern.

Diese wertvolle Informationsarbeit, die berechtigterweise die gesamte Dimension der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen für eine Entwicklung der Länder der Dritten Welt umfaßt, scheint nun durch von Ihrem Ministerium angekündigten Subventionskürzungen schwerstens gefährdet zu sein. Es darf darauf hingewiesen werden, daß der ÖIE allen gesetzlich vorgesehenen Prüfungen unterzogen wurde, nämlich durch Ihr Ministerium und andere öffentliche Einrichtungen (Finanzamt, Gebietskrankenkasse u. a.) und die Prüfungsinstanzen nur positive Aussagen über diese Institution gemacht haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e

1. Bekennen Sie sich zur inhaltlichen Autonomie dieser Bildungseinrichtung, oder versucht Ihr Ministerium als Subventionsgeber einen inhaltlichen Einfluß auf die Tätigkeit des ÖIE auszuüben, der über die im Dreijahresprogramm festgeschriebenen Normen und Kriterien hinausgeht?

2. Ist es richtig, daß die Subvention an den ÖIE im laufenden Jahr um 10 % gekürzt werden soll, obwohl der Budgetansatz für Entwicklungshilfe, den Ihr Ministerium verwaltet, 1988 ungekürzt blieb? Und wie begründen Sie diese Kürzung angesichts einer nachweislich wachsenden Zahl von Aktivitäten und Kooperationen des ÖIE?
3. Ist es richtig, daß Ihr Ministerium beabsichtigt im kommenden Jahr nur mehr Einzelprojekte des ÖIE zu finanzieren, wobei derzeit nicht absehbar ist, nach welchen Kriterien und in welcher Höhe eine solche Finanzierung erfolgen sollte und obwohl eine bloße Projektfinanzierung eine langfristige zu planende und seriöse Bildungs- und Informationsarbeit völlig unmöglich macht und Sie damit die Auflösung des ÖIE bewirken?
4. Wie begründen Sie schließlich diese restriktiven Maßnahmen - für den Fall, daß sie geplant sind - gegen eine Einrichtung, die im Fachbereich und darüberhinaus allgemeine Anerkennung findet und deren Auflösung die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in Österreich schwerstens beeinträchtigen würde?